

Das ist unser Loch!



Nicht nur ein Sommerloch: Seit Jahren stehen 9.000 Quadratmeter in Duisburgs Altstadt leer. (Foto: mac)

Ist es ein Schwarzes Loch? Ist es ein Sommerloch? Nein, das ist Duisburg! Seit Jahren prangt mitten in der Innenstadt eine leere Fläche, die nicht genutzt wird. Aktivist*innen und Kunstschaffende nennen die Brachfläche an der Stein-schen Gasse mittlerweile liebevoll „das Loch“. Und weil dort bisher eben nichts passiert ist, haben Freiraum-Aktivist*innen den Leerstand jetzt kurzerhand für die Öffentlichkeit eingeweiht.

Ganze 9.000 Quadratmeter in bester Innenstadtlage umschlossen von einem Bauzaun – Der Leerstand, der nach Jahren des Stillstands mittlerweile aussieht wie ein Großstadtdschungel, ist symptomatisch für Duisburgs Stadtentwicklungspolitik. Viel Raum und keine Investor*innen in Sicht. Seit 2010 plant die Stadt Duisburg auf dem ehemaligen Parkplatz Projekte. Bis März 2012 sollte dort das „Marientor Caree“, ein Gesundheitszentrum samt Wohnungen für Senior*innen, für 35 Millionen Euro entstehen. Daraus ist aber nichts geworden – die Stadt schrieb das Gelände bis Ende Mai diesen Jahres für Investor*innen aus. Kaufpreis jetzt: 2,4 Millionen Euro. Über aktuelle Verhandlungen

will die Pressestelle momentan keine Auskunft geben. Nach somit fünf Jahren des Leerstands sei es Zeit für eine satirische Aktion, dachten sich derweil die Aktivist*innen der Kampagne „DU it Yourself – Recht auf Stadt“ (DUiY). Sie verkleideten sich kürzlich selbst als Investoren und städtische Verantwortliche und öffneten den Bauzaun am Duisburger Loch. Nach einer feierlichen Eröffnungsrede picknickten dann 20 Duisburger*innen auf der Freifläche und weihten sie (in)offiziell für eine unkommerzielle öffentliche Nutzung ein.

Die Aktivist*innen von DUiY hätten nämlich auch einige Ideen für das Duisburger Loch: ein Kinderspielplatz, ein Nutzgarten und ein alternatives Gelände für den von Räumung bedrohten Bauwagenplatz in Homberg (akduell berichtete) könnten hier ihrer Meinung nach entstehen. „Die Grenze der Satire kann jeder selbst bestimmen. Also entweder ist die Aktion jetzt vorbei oder wird einfach weiter geführt“, sagt der Aktivist Ernesto* von der Initiative DUiY. „Zum Beispiel könnten Menschen tatsächlich jeden Tag picknicken oder einen Nutzgarten

anlegen. Das Gelände gehört ja uns! Und der Zaun ist offen!“, so Ernesto weiter.

„In Duisburg zählt nur die Marktlogik“

Das Loch am Marientor dient den Aktivist*innen außerdem als Projektionsfläche für ihre Kritik an der Duisburger Stadtentwicklungspolitik. „In Duisburg zählt nur die Marktlogik: Die Stadt sieht gar keine anderen Ansätze als finanzstarke Investoren zu suchen, um die Stadt ökonomisch aufzuwerten. Unkommerzielle Kunst- und Kulturprojekte, die die Stadt quasi ‚gratis‘ lebenswerter machen, sind in Duisburg nicht erwünscht“, so Ernesto. Die Menschen blieben bei solchen Ausschreibungen aber weitgehend außen vor: „Wem gehört denn die Stadt? Da treffen Investoren Entscheidungen über unsere Lebensumwelt, die nicht mal hier leben. Die Menschen, die hier tatsächlich wohnen, haben keine Möglichkeit mitzuzentscheiden“, sagt Ernesto zum Hintergrund der Aktion.

Die Aktivist*innen stellen sich seit 2011 gegen Groß- und Leuchtturmprojekte wie zum Beispiel immer weitere Einkaufszentren, die an anderer Stelle den Einzelhandel kaputt machen. Sie wollen Freiräume für

OB-Wahlen



In vielen nordrhein-westfälischen Kommunen stimmen am 12. September die Bürger*innen über ihr Stadtoberhaupt ab – ob es in Essen eine Wiederwahl geben wird, ist anzuzweifeln. **Seite 2**

Made in Marxloh



Vor dem Besuch der Bundeskanzlerin erfuhr Marxloh bereits vielfältiges mediales Interesse. Wir haben uns in dem Duisburger Stadtteil umgehört. **Seite 4/5**

akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu Kommentieren und noch viel mehr gibt es unter:

www.akduell.de

Kunst, Kultur und politische Veränderung erkämpfen. Dabei plädieren sie für eine kreativere Nutzung von Raum: Weniger Konsum, mehr soziales Engagement. „Wer ist denn die Stadt? Das sind doch nur die Menschen, die da wohnen. Eigentlich müssten wir gar nicht nach dem Leerstand fragen, denn er gehört ja sowieso uns. Das Loch ist unseres – Wir sind die Stadt“, sagt Ernesto von DUiY.

Mit ihrer Aktion wollen sie auch auf anderen Leerstand aufmerksam machen: In Walsum-Aldenrade wird gerade mit Hochdruck eine Zeltstadt aufgebaut um 400 Geflüchtete unterzubringen. „Es geht nicht nur um Kultur. Flüchtlinge, die jahrelang zu Fuß durch die halbe Welt gezogen sind, dabei die Hälfte ihrer Verwandten verloren haben oder zurücklassen mussten, und unglaublich viel Scheiße erlebt haben, kommen hier an – und werden in Turnhallen und Zelte gesteckt, während in Duisburg über 14.000 Wohnungen leer stehen“, sagt Ernesto. **[mac]**

*Name von der Redaktion geändert

Neue Legislaturperiode: OB-Wechsel in Essen?

Kommentar

Bildung powered by Industrie

Frühstück vergessen? Kaffee gefällig? Nikotinentzug? Oder steht der Kauf eines neuen Computers an? Kein Problem, all das kannst du bald wieder auf dem Weg zur nächsten Vorlesung erledigen! Vor dem Mittagessen kurz über das neueste Betriebssystem von Windows informieren lassen und nachschauen, ob man auch wirklich den günstigsten Mobilfunkvertrag hat. Nach dem Coca-Cola-Kombi-Menü für das gute Gefühl noch schnell beim nächsten Hochschulsportkurs anmelden — der Flyer wurde dir ja vor der Mensa schon in die Hand gedrückt.

Was für ein Traum: An der Uni gibt es einfach alles, was man braucht. Oft sogar kostenlos. Zumindest dann, wenn man kein Problem mit einer Newsletterflut im Mailfach oder dem Preisgeben der eigenen Anschrift hat.

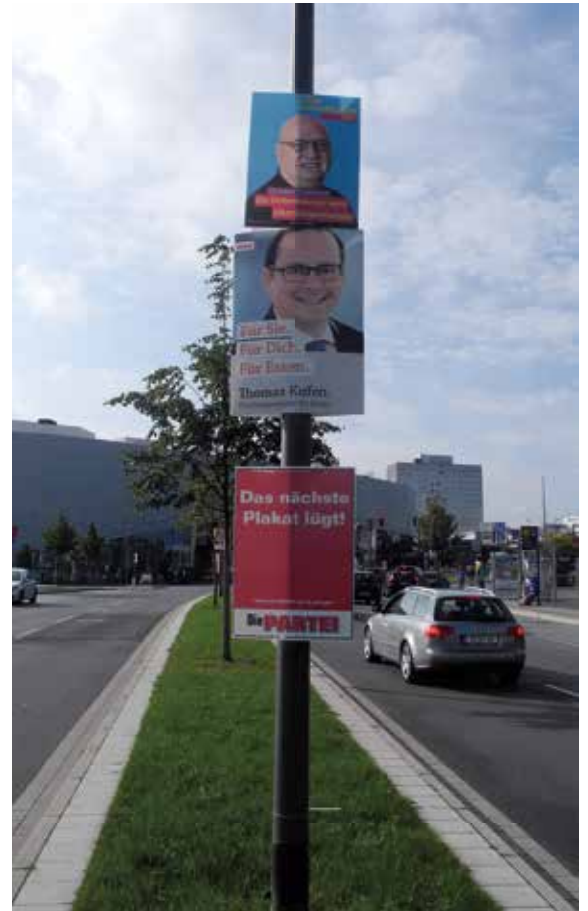
Ja, Universitäten existieren nicht abgekoppelt von der restlichen Welt. Auch hier bestimmen wirtschaftliche Interessen — und nicht etwa die Wissenschaft — so ziemlich alles. Trotzdem möchte ich auf dem Campus nicht mit Werbematerial zugemüllt werden oder mich fragen, ob ich mich verlaufen habe und gerade über ein Messegelände spaziere. Das fröhlich-aggressive Herumgewerbe der Konzerne an den Unis mag zunächst nervig erscheinen. Doch ist es, wie unter anderem in der aktuell-Reihe zu fragwürdiger Einflussnahmen auf die Universität Duisburg-Essen zeigt, nur die Spitze des Eisbergs. Diese Spitze treibt ihre Blüten seit 1996. Seitdem ist es nach einer Änderung des Hochschulrahmengesetzes überhaupt erst möglich, Werbung auf Campussen zu schalten. Es haben sich Vermarktungsstrukturen herausgebildet, bei denen Vermittler*innen im Geschehen eine nicht unbedeutende Rolle spielen: Auf campusdirekt.de oder campus-service.com etwa kann man die Präsenz des eigenen Unternehmens an Universitäten gezielt planen. Nach fast 20 Jahren scheinen sich alle Beteiligten (Unis, Studierende, Firmen und Marketing-Agenturen) daran gewöhnt zu haben, eine Reflexion über das Thema wäre hingegen sinnvoll und notwendig. Aufgrund der Werbung auf Universitätsgeländen kann man sich der Illusion von einer freien Lehre nicht mehr ungestört hingeben und wird im besten Fall dazu angeregt, über Werbemechanismen und Marktstrukturen nachzudenken. Trotzdem sehnt sich mein Auge manchmal danach, den Blick wirklich ins Leere schweifen lassen zu können — ohne dabei auf Produkte aufmerksam gemacht zu werden. [lenz]

Im September sind die Bürger*innen vieler nordrhein-westfälischer Kommunen aufgerufen, neue Oberbürgermeister*innen zu wählen. Wählen dürfen alle mindestens 16 Jahre alten EU-Bürger*innen, die ihren Wohnsitz in der jeweiligen Stadt haben. Nicht nur in Oberhausen, Bochum und Witten wird dazu aufgerufen, das Wahlkreuz zu machen. Auch die 458.160 wahlberechtigten Essener*innen stimmen am 13. September über einen möglichen Wechsel an der Stadtspitze ab. Wegen massiver Kritik an Amtsinhaber Paß gilt dessen Wiederwahl allerdings als unwahrscheinlich.

Seit den Kommunalwahlen im Jahr 2009 übt Reinhard Paß (SPD) das Amt des Oberbürgermeisters in Essen aus. Momentan hagelt es aus vielen Richtungen Kritik: Während die einen kritisieren, dass er zu wenig mit den Bürger*innen der Stadt kommuniziere, stieß sein Vorschlag, Geflüchtete am Flughafen Essen-Mülheim unterzubringen, vor allem bei seinem Kontrahenten Thomas Kufen (CDU) auf Unverständnis. Nichts desto trotz möchte der Sozialdemokrat für eine zweite Amtszeit antreten. Dabei gibt es sogar in den eigenen Reihen Zweifel an seiner Kompetenz als Oberbürgermeister. So befürchtete die Parteivorsitzende Britta Altenkamp, dass Paß die falsche Person für den Posten sei.

Misstrauen in den eigenen Reihen und Kritik seitens der Grünen

Auch die Grünen der Stadt Essen äußern Enttäuschung über die Zusammenarbeit mit Paß während der letzten Legislaturperiode. „Ich lege mich fest: Wir werden auf keinen Fall Reinhard Paß unterstützen“, sagte Grünen-Ratsherr Rolf Fliß gegenüber der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung. Dafür stellen sie eine eigene Kandidatin: Gönül Eglence möchte der in ihren Augen passiven Stadtentwicklung unter Paß — besonders hinsichtlich des Umgangs mit Geflüchteten — entgegenwirken und die Stadt umweltbewusster gestalten. Des Weiteren kandidieren Wolfgang Freye für die Linke, Siw Mammitzsch für die DKP, Tony-Xaver Fiedler für die rassistische pro NRW, Jürgen Lukat für die Satirepartei Die PARTEI, Sandra Ramona Ruth Lück für die Tierschutzpartei, die liberale Anja Inge-



Und fröhlich blüht der Schilderwald, hier am Limbecker Platz in Essen. (Foto: fro)

borg Rosemarie Körber-Giovannelli als Einzelbewerberin sowie Christian Stratmann für die FDP.

Alles bleibt beim Alten?

Stratmann leitet gemeinsam mit seinem Bruder, dem Komiker Ludger Stratmann, das Kleinkunsttheater Leo's Casa auf dem Kennedyplatz. Obwohl sich sein Theater im ehemaligen Amtssitz des Essener Oberbürgermeisters befindet, macht er sich — ähnlich wie Eglence und Freye — offenbar wenig Hoffnungen auf das Amt. Das Ruhrgebiet gilt als Hochburg der Sozialdemokrat*innen. Das schwindende Vertrauen in die Kompetenzen Paß' könnte aber einen Wahlsieg Thomas Kufens begünstigen. Dann könnte die CDU, die in den letzten Jahren landesweit zahlreiche politische Ämter in Großstädten verlor, nach einer sechsjährigen roten Auszeit wieder den Essener Oberbürgermeister stellen. Auch wenn die Auszählung am Wahlabend stattfindet, gehen Expert*innen davon aus, dass erst einige Wochen nach dem 12. September ein*e Wahlsieger*in feststehen wird. Es wird nicht davon ausgegangen, dass eine*r der Kandidat*innen die nötige absolute Mehrheit erlangen wird. Dann muss noch eine Stichwahl der beiden stärksten Kandidat*innen stattfinden. [fro]

Back to the 90's:

Wieder Zeltstädte für Geflüchtete

Bis zu 800.000 Menschen sollen laut Schätzungen des Bundesinnenministeriums im Jahr 2015 nach Deutschland flüchten. Kommunen in ganz NRW greifen deshalb zu drastischen Mitteln und werden Geflüchtete in Zelten untergebracht. In Duisburg-Walsum steht die erste Anlage bereits – in Essen sollen in naher Zukunft drei Zeltstädte entstehen. Und auch in Bochum und Dortmund kündigen die Verantwortlichen an, möglicherweise bald Zelte für Geflüchtete aufzustellen. Was lange ein Tabu bei der Unterbringung von schutzsuchenden Menschen war, gilt mancher Kommune jetzt als alternativlos.

Flashback: Duisburg, August 2014. Die Stadt stellt 20 Zelte für etwa 150 Geflüchtete auf einem matschigen Ascheplatz im Stadtteil Walsum auf. Der Medienwirbel ist groß und die Kritik laut – Duisburg baut die ungenutzte Zeltstadt nach zwei Monaten wieder ab. Die Kosten belaufen sich auf etwa 200.000 Euro. Duisburg, August 2015. 40 Zelte für 200 Menschen werden in einem Gewerbegebiet am Kerkenweg in Duisburg-Walsum unter Hochdruck vom Deutschen Roten Kreuz aufgestellt. In den Zelten stehen den Menschen dann jeweils bloße 3,75 Quadratmeter zur Verfügung. Die Kapazität der Zeltstadt ist doppelt so groß, der Platz ist genauso matschig wie der vor zwölf Monaten genutzte Fußballplatz. Das Alleinstellungsmerkmal fehlt heute jedoch: Das ehemalige schwarze Schaf Duisburg reiht sich in diesem Sommer ein in die größer werdende Riege der Städte, die Geflüchtete zwangsweise campen lassen.

Mangelnder politischer Wille

Ortswechsel: Essen. Gleich drei Zeltstädte mit Kapazitäten von 250 bis zu 450 Plätzen sollen im Nordviertel, in Heidhausen und in Holsterhausen entstehen. In Zelthallen von 250 Quadratmeter sollen dann jeweils 70 Menschen leben – das macht sogar nur 3,5 Quadratmeter pro Person. Die Stadt Essen versucht derweil ihr Notunterkunftskonzept der Öffentlichkeit zu verkaufen. Frei nach dem Motto „Don't call it Zeltstadt“ werden die Unterkünfte kurzerhand mobile Dörfer genannt. Trotzdem bestehen die Notunterkünfte aus Planen und eben nicht aus Stein. Dass überhaupt Zelt-Notunterkünfte aufgestellt werden müssten, läge, so die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl, an „mangelndem politischen Willen sowie Fehlern und Verzögerungen bei der Entscheidungsfindung“ für alternative Unterkünfte in der Vergangenheit. Die Flüchtlingsinitiative fordert Trennwände, zumutbare Sanitäreinrichtungen und gesonderte Unterbringung von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten. Kritik hat sich die Kommune vor allem für den Betreiber der Zeltstadt



Vor einem Jahr noch scharf kritisiert, heute bittere Realität: Die Zeltstadt in Duisburg-Walsum. [Foto: mac]

eingehandelt: Der private Anbieter European Homecare (EHC), der seinen Hauptsitz in Essen hat, wird die drei Unterkünfte betreuen. Die Firma ist umstritten: Im Sommer 2014 waren katastrophale Zustände und Misshandlungen in den Unterkünften des Unternehmens in Burbach und Essen beklagt worden. Aktivist*innen protestierten daraufhin im Hauptsitz des Unternehmens im vergangenen Dezember (aktuell berichtete) und demonstrierten im Juni für die Schließung der Firma. Trotz öffentlicher Proteste und medialem Drucks hat sich die Essener Stadtspitze doch wieder dazu entschieden dem Dienstleister den Zuschlag zu erteilen. Die Flüchtlingsinitiative Pro Asyl fordert jetzt eine transparente Ausschreibung für die Errichtung und den Betrieb der Unterkünfte.

Das Aufstellen von Zelten rechtfertigen die Kommunen geschlossen mit dem Argument der Gefahrenabwehr. „Zelte sind immer eine Notlösung, wir sind darüber nicht glücklich“, sagt auch Stefanie Kutschker vom Deutschen Roten Kreuz, das die Duisburger Zeltstadt betreibt. Jetzt müsse aber erst einmal verhindert werden, dass Geflüchtete obdachlos werden. Die Verantwortlichen in Essen wie in Duisburg betonen keine anderen Unterkünfte zur Verfügung zu haben.

Die Schamgrenzen herunterschrauben?

Während man in Duisburg nicht glücklich über die Situation ist, macht die Leiterin des Bochumer Amts für Soziales und Wohnen, Ute Bogucki, Schlagzeilen. Sie sagte gegenüber der WAZ, bei der Unterbringung von Geflüchteten gelte es nun die „Schamgrenzen herunterschrauben“. Die Stadt Bochum solle ihrer Meinung nach darüber nachdenken, Zelte für Geflüchtete auf dem Opel-Gelände aufzustellen. Dass das Gelände gerade abge-

rissen wird und mit Schadstoffen belastet ist, erwähnt sie dabei nicht: „Mit solchen Vorschlägen wird die Schamgrenze meilenweit unterschritten“, sagt dagegen Horst Hohmeier von der Links-Fraktion in Bochum. Und: „Dieser Vorstoß der Verwaltung ist auch weit von allem entfernt, was gerade in der Politik diskutiert wird.“

Von Schulen zu Turnhallen zu Zelten

Und das, was in den vergangenen Jahren diskutiert wurde, waren vor allem Sammelunterkünfte. Zuerst wurde die mangelnde Privatsphäre in umgebauten Schulen kritisiert. Dann errichteten Städte wie Bochum, Dortmund und Duisburg Containerdörfer und auch Essen plant Container für die Unterbringung von Geflüchteten. In den Sommerferien wurden dann systematisch Turnhallen genutzt um die ankommenden Flüchtlinge unterbringen zu können. Die sollen jetzt aber wieder teilweise von den Schulen und Vereinen genutzt werden können.

Jetzt wiederholen sich die Bilder. Zuletzt wurden in Deutschland Anfang und Mitte der Neunzigerjahre, zu Zeiten des Jugoslawien-Kriegs und der Kosovo-Krise, Zelte für Geflüchtete aufgestellt. Kritiker*innen sagen, die Politik hätte aus den hohen Flüchtlingszahlen im vergangenen Jahrtausend schlicht nichts gelernt und keine menschenwürdigen Konzepte für die Zukunft geschaffen. „Auch nach den aktuellsten Schätzungen muss Bochum in diesem Jahr für weniger Flüchtlinge Verantwortung übernehmen als zu Beginn der 1990er Jahre. Dass die Stadt trotzdem dabei versagt, Grundsätze der Menschenwürde einzuhalten, ist nicht die Folge eines ‚Ansturms‘, sondern einer völlig falschen Politik der vergangenen Jahre“, so Linken-Fraktionsmitglied Hohmeier aus Bochum. [mac]

Es merzelt in Marxloh



Straßenansicht von Duisburg-Marxloh: Das Pollmann-Kreuz. [Foto: mac]

Eine stillgelegte Zeche, die internationale Brautmodenmeile und die leckersten türkischen Spezialitäten – das alles gehört zu Marxloh. Fragt man die Polizeigewerkschaft, ist der Stadtteil hingegen eine „No-Go-Area“. Hundertschaften sind abends im Einsatz, führen Kontrollen und Razzien durch. Diesen Teil Duisburgs hat die Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) im Rahmen ihrer Bürgerdialog-Reihe „Gut leben in Deutschland“ am 25. August besucht. Wir haben uns im Vorfeld im Viertel umgesehen und Reaktionen auf Merzels Kommen gesammelt.

Erster Anlaufpunkt in Marxloh ist der Medienbunker. Auf drei Stockwerken macht hier Halil Özet mit seinem freien Künstlerkollektiv Filme und Kampagnen. Er engagiert sich schon länger für den Stadtteil, in dem er aufgewachsen ist. Zum Beispiel mit der Kampagne „Made in Marxloh“, die er 2008 zur Fertigstellung der DiTiB-Merkez-Moschee ins Leben gerufen hatte. „Wenn der Stadtteil schon ein schlechtes Image hat, dann sagen wir, was von hier kommt. Wir sind made in Marxloh.“ Özet sagt, nur vor Ort könne man gegen die negative Bild- und Berichterstattung etwas unternehmen.

„Marxloh hat Probleme, keine Frage“

Negative Medienberichte gibt es zu Hauf über Marxloh: ob rivalisierende „Libanesen-Clans“, „Problemhäuser“ oder Rockerbanden. Marxloh wird als sozialer Brennpunkt beschrieben. Vor wenigen Wochen setzte die Polizeigewerkschaft mit dem Begriff

„No-Go-Area“ dann noch eine Schippe drauf. Gegen solche Zuschreibungen wehrt sich der Marxloher Filmemacher Özet: „Marxloh hat Probleme, keine Frage. Man wird aber nicht auf der Straße angegriffen oder ausgeraubt – das würde ich unter einer No-Go-Area verstehen. Hier gibt es Bandenkriege, aber das hat nichts damit zu tun, dass man nicht über die Straße gehen könnte.“ Im städtischen Vergleich lag Marxloh 2014, was die von der Polizei verzeichneten Straftaten angeht, auf Platz Zwei hinter Duisburg-Neudorf.

Die Sicherheitsvorkehrungen für den Besuch der Bundeskanzlerin sind hoch: weiträumige Absperrungen, Sicherheitsschleusen am eigens angemieteten Hotel. Nur ausgewählte Bürger*innen dürfen an der Gesprächsrunde mit der Bundeskanzlerin teilnehmen. Im Rahmen der Bürgerdialog-Reihe „Gut Leben in Deutschland“ will sich die Kanzlerin volknah geben und sich die Probleme im Stadtteil Marxloh anhören. Eine Hochglanz-Produktion: Der TV-Sender Phoenix zeichnet das Gespräch ab 15 Uhr im Hotel Montan an der Dahlstraße medienwirksam auf.

Fragt man die Anwohner*innen, was sie vom Besuch der Bundeskanzlerin halten, sind sie gespalten. „Ich hätte der Kanzlerin gerne Fragen gestellt. Zum Beispiel, was sie für die Jugend hier tun möchte“, sagt Nurcan, die gerade vom Einkaufen kommt und nicht zum erlesenen Kreis derer gehört, die Merkel treffen werden. Kioskbesitzerin Heike, die die Trinkhalle am Pollmann-Kreuz betreibt, hat wenig Hoffnung: „Wenn die nach zwei Wochen weg ist, weiß sie gar nicht mehr, wie Marxloh geschrieben wird. Es wird sich nichts ändern.“

Merkel ist nicht die erste Politikerin in diesem Jahr, die Marxloh besucht. Anfang Juni gab sich Sigmar Gabriel die Ehre und machte sich ein Bild vom Stadtteil. Und auch der WDR schickte Politiker*innen nach Marxloh. Für das Format „Die Politiker-WG“ zogen sieben kommunale und Bundespolitiker*innen von SPD, CDU, der Linken, Jusos, Grüner Jugend, und den Jungen Liberalen eine Woche lang als Wohngemeinschaft in den Stadtteil. Laut WDR soll das Format kein zweites Big Brother werden, sondern die Politiker*innen sollen ihre Macher*innen-Qualitäten unter Beweis stellen und Lösungen für die Probleme in Marxloh erarbeiten. Ausstrahlungstermin war der 24. August, am Abend vor Merzels Besuch. Medienmacher Özet sieht die politische Show im sozialen Brennpunkt eher kritisch: „Als Marxloher denke ich mir: Wir wissen wie Fernsehen funktioniert. Je brisanter die Geschichte, desto eher kann man sie loswerden. Dass die was bewegen, glaube ich nicht.“

Die „neuen“ Zuwander*innen

Probleme, die nach politischen Lösungen verlangen, gibt es derweil zu Hauf in Marxloh. Auf unsere Frage, welches Thema am dringendsten Aufmerksamkeit bekommen sollte, antworteten die meisten Befragten, dass sie sich Konzepte für die Integration der neuen Zuwander*innen wünschen. Die „neuen“ Zuwander*innen, das sind für die Anwohner*innen in dem ehemals von türkischen Gastarbeiter*innen geprägten Stadtteil vor allem Menschen aus Rumänien und Bulgarien. Viele ehemalige Mieter*innen der überwiegend von Roma bewohnten beiden Hochhäuser In den Peschen in Duisburg-Rheinhausen sind nach der Räumung nach Marxloh umgezogen (aktuell berichtete).

Die Rolle der Spekulant*innen

Das hängt auch damit zusammen, dass die ehemalige Hausverwaltung der Hochhäuser in Rheinhausen jetzt auch in Marxloh in Immobilien investiert haben soll: „Frau Wessel, die auch mit dem Vermieter Branko Barisic In den Peschen zusammen gearbeitet hat, hat sich anschließend auf Marxloh gestürzt. Hier gibt es Häuser mit drei Wohnungen, die unter 40.000 Euro kosten“, sagt Medienmacher Halil Özet. Die Zustände aus Rheinhausen führen sich also gerade in Marxloh fort: Zu viele Menschen leben auf zu wenig Wohnraum, katastrophale hygienische Bedingungen und Müll im Hinterhof sind bisher die Folgen. In Duisburgs nördlichem Stadtteil wird jetzt auch wieder die Metaphorik der „Problemhäuser“ benutzt. „Eins der größten Probleme ist, dass Leute aus dem ganzen Bundesgebiet spekulieren und in sozialen Brennpunkten Häuser für ganz kleines Geld kaufen. Hier lassen sie dann Zuwanderer einziehen, küm-

mern sich nicht drum und die Nachbarschaft regt sich auf“, sagt auch Özet.

Rassismus und Antiziganismus

Auch in unserer Straßenumfrage werden Bürger*innen ausfallend, wenn es um das Thema Zuwanderung geht. Die rassistische und antiziganistische Stimmung ist im Stadtteil deutlich spürbar. Ein Passant, der namentlich nicht genannt werden möchte, meint: „Die Merkel soll mal was gegen die Zigeuner machen!“ Auf die Rückfrage, was die Bundeskanzlerin denn tun sollte, sagt er: „Na, weg damit!“ Und auch Kioskbesitzerin Heike findet: „Die sollen nicht alle hierhin kommen.

bekommen. „In einem Zentrum könnte man sich kennen lernen und anfreunden. Das ist so wie beim kleinen Prinz: Man muss sich erst mal anfreunden und sich gegenseitig zähmen“, sagt Özet.

Was Marxloh braucht: Perspektiven

Auch an anderer Stelle wünschen sich Marxloher*innen nachhaltige Verbesserung. Vor allem was die Arbeitssituation angeht. Nach Hochfeld hat Marxloh laut Sozialbericht der Stadt aus dem Jahr 2012 die zweithöchste Arbeitslosenquote. Etwa 16 Prozent der Einwohner*innen haben demnach keinen Ar-



Die Brautmodenmeile an der Weseler Straße ist Marxlohs Aushängeschild. [Foto: mac]

Ich bin kein Nazi in dieser Richtung oder so, aber dieses alles hierhin.“ Dabei lehnt sich ein Kunde herüber und sagt: „Irgendwann wird das richtig knallen hier!“ Ein anderer ruft während des Gesprächs: „Die passen sich doch gar nicht an!“

Auch Filmemacher Halil Özet aus dem Medienbunker hat bereits in einer Gesprächsrunde mit Anwohner*innen über das Thema diskutiert. Er sieht die Politik in der Verantwortung: „Klar gucken sich Spekulanten hier die Zahlen an und denken, dass sie das in zwei bis drei Jahren abbezahlt bekommen. Und dann machen die auch noch Rendite. Da muss man einen Riegel verschieben.“ Außerdem wünscht er sich Einrichtungen, die das Zusammenleben der Bürger*innen und der Zuwander*innen fördern. Ihm schwebt ein Zentrum vor, in dem sich Neu-Bürger*innen beraten lassen können und Hilfe angeboten

beitsplatz. „Fakt ist, dass in Marxloh durch die Schließung der Zeche viele Arbeitsplätze verschwunden sind. Fakt ist aber auch, dass die Leute sich nicht hängen lassen und investieren. Zum Beispiel in die Brautmodenmeile, die funktioniert“, sagt Filmemacher Özet.

Özet jedenfalls hofft, dass durch Merkels Besuch der Stadtteil Marxloh wieder mehr Aufmerksamkeit bekommt, damit auch öffentliche Zuwendungen bekommt, damit sich langfristig Probleme abbauen lassen. „Das Faszinierende ist: Marxloh hat immer wieder fette Zeiten. Marxloh war eine Flaniermeile, dann kam der Absturz. Von 2010 an war es wieder eine beliebte Flaniermeile und jetzt kommt wieder ein Absturz“, so Özet. Außerdem: „Jetzt brauchen wir einfach wieder Unterstützung von außen um die negativen Bilder in den Medien wieder abzubauen. Bei der Rütli-Schule in Berlin hat das auch geklappt.“ [mac]

Ballern, ...

kwer:fo:rmat



Funkelnd, glitzernd und aufbrausend geht es am Samstag zu. Die Konzerttour kwer:fo:rmat lädt ins Oberhausener Druckluft ein. Neben sechs Floors mit fetzigen Beats öffnet ab 18 Uhr bereits der Outdoor-Bereich.

↗ **Samstag, 29. August, 18 Uhr, Indoor ab 22 Uhr, Druckluft Oberhausen, Am Förderturm 27, Eintritt 8 Euro**

...Ballern, again...

19down Reopening

Der Sommer neigt sich langsam dem Ende zu, doch Verzweiflung ist definitiv nicht angesagt! Stattdessen steppt der Bär wieder in Essen und schiebt sich auch der tanzende Tiger am 4. September zur Reopening-Sause auf den Dancefloor des 19down. Was es dort gibt? Musik von THYLADOMID (DIYNAMIC, Berlin), RAUM 8 & RIJÖ (soulmates) und DÉsirÉE (down with/).

↗ **Samstag, 4. September, ab 23 Uhr, 19 DOWN, Rüttenscheider Str. 114, Essen, bis 0.30 Uhr 5 Euro, danach 10 Euro**

...und ein bisschen Lyrik

Poetry Slam

Mittlerweile erfreuen sich Poetry Slams großer Beliebtheit, häufiger werden sie im Fernsehen oder Radio übertragen. Aber live ist es doch noch immer am Schönsten: Im Djazz duellieren sich demnächst wieder Nachwuchsliterat*innen.

↗ **Freitag, 3. September, ab 20 Uhr, Djazz Duisburg, Börsenstraße 22, Eintritt 5 Euro**

Enormer Druck für Lehramtsstudierende

Für die Studierenden der alten Lehramtsprüfungsordnung (LPO) von 2003 wird es eng: Studierende, die für das Lehramt an Haupt-, Real- und Gesamtschulen studieren, müssen ihr Studium nächstes Jahr abschließen. Wer auf Gymnsiallehramt studiert, hat dafür bis 2017 Zeit. Schaffen sie es nicht, droht ihnen die Zwangsexmatrikulation.

Die Lage spitzt sich allmählich zu. Im Oktober müssen sich die Studierenden der alten LPO-Studiengänge, die sich bis zum Sommersemester 2009 eingeschrieben haben, für ihre Examenprüfungen anmelden. Machen sie das nicht, riskieren sie ihr Studien-Aus. „Oder sie lassen sich auf die Bachelor-Studiengänge umschreiben“, sagt Nils Kriegeskorte, AStA-Referent für Hochschulpolitik, über den begrenzten Handlungsspielraum. Das wäre für die Betroffenen aber ein herber Verlust. Viele ihrer bislang erbrachten Leistungen würden nicht anerkannt werden. „Es kann sein, dass sie im Bachelor-System ins dritte oder vierte Fachsemester eingestuft werden – obwohl sie nach ihrem LPO-Studiengang schon fast das Studium beendet hätten“, vermutet er.

Dementsprechend laufen die betroffenen Studierende selbst und einige Studierendenvertreter*innen auf Hochtouren, um das nordrhein-westfälische Schulministerium von einer weiteren Verlängerung der Auslauf-fristen der einzelnen Studiengänge und von einem kritischen Studium ohne Zeitdruck zum Wohle der Studierenden zu überzeugen. Am 12. August trafen sich einige Beteiligte aus ganz Nordrhein-Westfalen im Gewerkschaftshaus der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Essen, um sich die individuellen Situationen der Studierenden anzuhören und über Lösungsvorschläge zu diskutieren. Auf der Facebook-Seite für das Treffen veröffentlichten die Veranstalter*innen einen Beitrag, der über die aktuellen Geschehnisse informiert:

*„Liebe Kommiliton*innen, liebe Kolleg*innen, liebe Interessierte,*

*seit längerem engagieren sich Kommiliton*innen an ihren Unis gegen die Auslauf-fristen in den Lehramtsstudiengängen [...]. Es geht darum, dass die bisherigen Lehramtsstudiengänge (Staatsexamen und Modellstudiengänge) bis zum Ende des Sommersemesters 2016 (Grund-, Haupt-, Realschule) bzw. 2017 (alle anderen Schulformen) auslaufen. Alle Kommiliton*innen, die dann noch in diesen Studiengängen studieren, sollen zwangsexmatrikuliert werden oder müssen in den Bachelor wechseln. [...] Bisher haben wir schon einiges in Bewegung gebracht: Bis jetzt haben fast 9.500 Menschen unsere Unterschriftenkampagne „Keine Zwangsexmatrikulationen - für ein kritisches und angeregtes Studium“*

unterzeichnet, die Auseinandersetzung hat ein großes Echo in der NRW- und deutschlandweiten Presse gefunden die NRW-weite Konferenz der Prorektoren für Studium und Lehre hat sich für eine Verlängerung der Fristen ausgesprochen. Außerdem haben sowohl die Juso-Hochschulgruppen (SPD-Hochschulorganisation) bundesweit sowie campus:grün NRW (grüne Hochschulgruppen) einen Beschluss zur Abschaffung der Fristen gefällt. Sogar das Schulministerium, welches sich bisher am meisten gegen eine Veränderung der Fristen ausgesprochen hat, bewegt sich langsam.

*Dies wurde in einem aktuellen Brief des Ministeriums an das Landeslehrer*innenfachschaftentreffen NRW deutlich. Allerdings ist noch nichts entschieden: Aktuell besteht der Streit zwischen einer Abschaffung der Fristen oder zumindest einer wirklichen Verlängerung (mind. 5 Jahre) und einer Pseudo-Verlängerung von 1-2 Jahren oder gar nur einer Härtefallregelung. Letztere beiden Optionen widersprechen dem Ziel einer Lehrer*innenbildung, die ermöglicht, dass sich ALLE ohne Zeitdruck im Nacken umfassend bilden können, um bei ihren späteren Schüler*innen Freude am Lernen, Interesse an demokratischem Engagement und Kollegialität am besten fördern zu können. Daher wollen wir dran bleiben, für die Abschaffung der Fristen streiten und auf dem Mehrwert von Bildung beharren. Weil die Fristen jetzt schon wirken und die Kommiliton*innen der Grund-, Haupt und Realschulstudiengänge sich schon im Oktober zu ihrer letzten Prüfung anmelden müssen, wollen wir daraufhin hinwirken, dass noch vor Beginn des neuen Semesters als erster Schritt ein Moratorium, d.h. ein Aussetzen der Fristen, beschlossen wird. Das heißt, dass der Druck erst mal herausgenommen und neu Zeit gewonnen wird dafür, dass die Landesregierung eine vernünftige endgültige Entscheidung bezüglich der Fristen trifft. [...]*

Solidarische Grüße Stefan Brackertz und Marvin Weißmann für die GEW-Studis NRW Tim Wübbels für das Forum Lehramt der Fachschafftenkonferenz an der Uni Duisburg-Essen Anne Laura Franke für den Studierenden-ausschuss der Vollversammlung (Studierendenvertretung der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Uni Köln) und Svenja Adach, René Decker, Matthias Kröling, Agnes Kamerichs, Cäcilie Reuvers, Jonas Rink, Lars Pieper und Sebastian Spicker für die Kölner Ak-

tiven gegen die Fristen im Lehramt“ Um den LPO-Studierenden ihr restliches Studium ohne unnötigen Zeitdruck zu ermöglichen, fordert das Bündnis mindestens eine Verlängerung der Auslauf-fristen. „Die Fristverlängerung muss allerdings vor Oktober feststehen“, sagt Kriegeskorte. „Schließlich müssen sich die Studierenden bereits dann zu den Prüfungen anmelden.“ Dieses Moratorium soll genutzt werden, um mit allen Beteiligten nach einer vertretbaren Lösung zu suchen. Um die Fristverlängerung



Ende im Gelände: Die LPO-Studiengänge laufen ab kommendem Jahr aus. (Foto: fro)

rechtswirksam zu machen, muss sie nach dem Entscheidungsprozess der einzelnen Interessenvertreter*innen ins Lehrerausbildungsgesetz (LABG) übernommen werden. Wann die Gespräche weitergehen, könne aber noch nicht gesagt werden. Momentan strebe das Ministerium die Gesetzesverabschiedung im Landtag fürs Frühjahr kommenden Jahres an. Nicht nur, dass das Vorhaben, bereits diesen Frühjahr eine konkrete Lösung zu finden, gescheitert ist: „Es ist und bleibt für viele Studierende zu spät“, sagt Kriegeskorte und verweist nochmals auf die Belegungsfristen für die anstehenden Prüfungen, die die LPO 2002-Studierenden nun vor eine wichtige Entscheidung stellen. Wenn sich ein*e Student*in in der Hoffnung, die Fristen würden verlängert werden, dafür entscheidet eine Klausur zu verschieben, muss er*sie damit rechnen, im kommenden Semester zwangsexmatrikuliert zu werden, falls dies nicht passiert. „Es bleibt nur zu hoffen, dass schnell eine Entscheidung gefällt wird, um den betroffenen Studierenden unnötigen Druck von den Schultern zu nehmen“, sagt Kriegeskorte. [fro]

Wohnheim-Artikel hier



Wohnheim oder WG-Zimmer, das ist hier die Frage. [Foto: fro]

Mit dem Studium beginnt ein neuer Lebensabschnitt. Da stehen viele Studierende auch vor der Entscheidung, in die ersten eigenen vier Wände zu ziehen. Eine Alternative zur eigenen Wohnung bieten Studierendenwohnheime, wie sie auch vom Studierendenwerk der Universität Duisburg-Essen betrieben werden. Studierende beklagen, dass die Wohnheime nicht mehr zeitgemäß seien.

Alte Fliesen, mindestens genauso alte Herdplatten und semi-schöner PVC-Fußboden. Die letzte Renovierung dürfte wohl schon ein paar Jahrzehnte her sein, schätzt Philipp Roth, Soziologie-Student an der Universität Duisburg-Essen. Er wohnt im Studierendenwohnheim Schemkesweg in Duisburg-Neudorf. Mit dem Zustand der Wohnung ist er nicht sehr zufrieden: „Die Wohnung ist schon recht veraltet. Und das kann auch teuer werden: Weil der Herd schon in die Jahre gekommen ist, frisst er relativ viel Strom.“ Auch die Raumverteilung und die unterschiedlichen Mietkosten für die Zimmer seien ziemlich ungünstig. Während sein elf Quadratmeter großes Zimmer 198 Euro kostet, zahlt sein Mitbewohner für ein fast dreimal so großes Zimmer lediglich 15 Euro mehr. „Vorher habe ich im Studierendenwohnheim auf der Kammerstraße gewohnt. Da musste ich 245 Euro zahlen“, sagt er. Dafür seien in dem Preis keine Möbel enthalten gewesen. „Die Kosten dafür sollte man nicht unterschätzen“, fährt er fort.

Einige Kilometer weiter, im Essener Studierendenwohnheim Auf der Union, in direkter Campusnähe, sieht es nicht sonderlich anders aus. „Im Großen und Ganzen finde ich es zwar ganz okay“, sagt Philosophie- und Kunststudentin Saskia Wroczynski. „Aber die Wohnung ist schon in die Jahre gekommen. Weil die Fliesen so rau sind, kann man

schrubben wie man will, sie werden einfach nicht sauber.“ Für ihre 15 Quadratmeter zahlt die angehende Lehrerin 260 Euro. „Für das Geld kann man genauso gut in eine Wohngemeinschaft in einer privaten Wohnung ziehen und das mache ich demnächst auch“, sagt sie.

Niedrige Mieten im Ruhrgebiet

Damit hat sie – zumindest vom finanziellen Standpunkt her – Recht: Duisburg ist nach Gelsenkirchen die günstigste Stadt in ganz Nordrhein-Westfalen. Während im Bundesdurchschnitt ein Quadratmeter 6,15 Euro kostet, zahlen Mieter*innen in Duisburg durchschnittlich einen Euro weniger. „Ein weiterer Grund, weshalb sich Studierende oft gegen ein Studierendenwohnheim entscheiden ist, dass hier viele pendeln: Ob man in Duisburg oder Essen wohnt macht für den Uniweg keinen großen Unterschied“, so Felix Groell, AStA-Referent für Hochschulpolitik. Studierende in Duisburg und Essen haben damit einen enormen Vorteil. Weil der Druck auf dem Wohnungsmarkt nicht so groß ist, sind sie relativ frei, ob sie in eine eigene Wohnung oder ins Studierendenwohnheim ziehen möchten. In Köln, Düsseldorf, Aachen oder auch Münster sieht die Situation wegen der höheren Mieten anders aus. Außerdem müssen sie dort Vorstellungsrunden und lange Wartezeiten über sich ergehen lassen: Es fehlen rund 5.000 Plätze in ganz NRW, um allen Studierenden eine Unterkunft bieten zu können.

Das Leben in einem Studierendenwohnheim bietet aber auch große Vorteile, findet Groell: „Zum einen steht man im direkten Kontakt mit Studierenden. Außerdem gibt es in vielen Wohnheimen All-Inclusive-Mieten.“ Dabei zahlen Studierende einen pauschalen Betrag für die Miete, Strom, Wasser und den Internetzugang und somit keine versteckten Nebenkosten.

Es hat sich schon Vieles getan

Auch wenn Studierende die Zustände in den

Info

Allgemeine Beratung im Studierendenwerk

Reckhammerweg 1, Essen:
Montag: 9 bis 12 Uhr
Dienstag und Donnerstag: 12 bis 15.20 Uhr

Ansprechpartner*innen:

Pierre Rettweiler (Essen):
0201/820108-85

Vanessa Poscher (Duisburg):
0202/246995-22

Wohnheimen beklagen haben sich wegen der Zusammenarbeit des Allgemeinen Studierendenausschusses und des Studierendenwerkes die Bedingungen in den letzten Jahren sehr verbessert. Früher gab es noch recht strenge Regeln bezüglich der Wohndauer. Die insgesamt 2.400 Studierende, die in einem Wohnheim des Studierendenwerkes leben, mussten ihr Zimmer mindestens für ein ganzes Jahr einmieten. „Das passt aber natürlich nicht zu den Lebensrealitäten von Studierenden“, sagt Groell. „Es gibt eine hohe Fluktuation unter Studierenden. Es kommt öfters vor, dass jemand die Uni nach einem Semester wechselt oder ein Auslandssemester macht.“

Gelockerte Fristen

Die Frist wurde nun etwas gelockert, sodass Studierende den Mietvertrag gemäß der dreimonatigen Kündigungsfrist zu jedem Semester hin kündigen können. Außerdem war vorgesehen, dass sie nach Beendigung der Regelstudienzeit von sechs Semestern ausziehen müssen. Die Grenze wurde nach Verhandlungen auf zehn Semester angehoben – wobei es jedoch unerheblich ist, ob es sich um ein Bachelor- oder Master-Studium handelt. „Solche Probleme hatte ich aber noch nie“, fügt Saskia hinzu. „Nachdem ich dem Studierendenwerk gesagt habe, dass mein Studium noch nicht beendet ist, wurde mein Mietvertrag einfach verlängert.“ Auf der Webseite des AStAs befindet sich seit Anfang August ein neues Angebot: Im Mietrechtsreader, der in Zusammenarbeit mit den Studierendenvertretungen der Universitäten Bochum und Köln ausgearbeitet wurde, können sich Studierende über ihre Rechte informieren. [fro]

Draußen schwitzt es sich schöner

Fitnessstudio-Mitglieder kennen das allsommerliche Problem: Die Sonne prallt auf das flache Studiodach, die Klimaanlage – sofern existent – verabschiedet sich und das Studio mutiert zu einer überdimensionalen Sauna. Aber gerade im Sommer kann man doch auch ohne irgendeine Mitgliedschaft wunderbar an der frischen Luft trainieren. Freeletics heißt der neue Hype, der die Fitnesswelt derzeit erobert.

Freeletics – das ist Kraft- und Ausdauersport ohne Geräte oder zusätzliche Gewichte. Trainiert wird einzig und allein mit dem eigenen Körpergewicht. Wer denkt „Ach, kann doch gar nicht so schwer sein“, irrt gewaltig. Auch als geübte*r Sportler*in wird man bei den ersten Workouts sicher an die eigenen Belastungsgrenzen stoßen. Das Trainingsprinzip dahinter ist simpel: Man versucht so viele Wiederholungen einer Übung so schnell wie möglich zu absolvieren und soll sich von Workout zu Workout verbessern.

Dabei unterstützt einen die gleichnamige App. Hier kann man sich einen Trainingsplan nach den persönlichen Zielen – ob Gewichtsreduktion, Konditions- oder Muskelaufbau – aussuchen. Viele Trainingspläne sind kostenfrei verfügbar. Für die kostenpflichtigen Pläne werden allerdings hohe Preise aufgerufen: So kostet der Zugang zu dem sogenannten „Coach“ für drei Monate 34,99 Euro, für ein ganzes Jahr 79,99 Euro. Dieser virtuelle Betreuer stellt individuellere Pläne zusammen und dokumentiert die Trainingsfortschritte. Zwar ist das immer noch günstiger als die Mitgliedschaft in einem Fitnessstudio, aber für das bloße Anwenden einer App ein stolzer Preis. Zumal es auch für das Training nicht nötig ist, die App zu besitzen. Als Opfer des eher mageren App-Angebots bei Windows Phones weiß man, dass die Pläne natürlich auch selbstständig ohne virtuelle Unterstützung gestaltet werden können. Wahrscheinlich bekommt es jede*r Sportler*in hin, Kniebeugen, Liegestütze, Klimmzüge und Co. so oft es geht auch ohne Anweisung einer App auszuführen. Zwischen den einzelnen

Übungen kann man dann noch einen kurzen Sprint hinlegen um die Ausdauer noch mehr zu trainieren.

Keine animalischen Geräusche

Ein entscheidender Vorteil des 2012 gestarteten Trainingsprogramms: Im Park oder an sonstigen Outdoor-Trainingsorten ist man mehr oder weniger allein. Und wer mal zu Stoßzeiten in Fitnessstudios unterwegs war, wird die Einsamkeit beim Training sicherlich zu schätzen wissen. Nicht nur, weil man auf das klischeemäßige Reservieren der Geräte mit einem Handtuch wie im Poolurlaub verzichten kann. Auch kommt man sich nicht vor wie in einem Zoo, wenn diverse Mitglieder Brunftschrei-ähnliche Geräusche über die gesamte Trainingsfläche von sich geben. Wer der jüngeren Version von Arnold Schwar-



Perfekt für Outdoor-Sport: Unser Redakteur trainiert im Landschaftspark Duisburg-Nord (Foto: fro)

zenegger einmal körperliche Konkurrenz machen möchte, wird mit Freeletics aber sicherlich nicht die richtige Trainingsmethode ergriffen haben. Wer sich aber ein wenig körperlich betätigen und fit halten möchte, ist dagegen genau richtig beraten. Auch wenn man sicherlich nicht nach 15 Wochen Training die sogenannte „Traumfigur“ schlechthin hat, wie die Macher*innen übertrieben und medienwirksam propagieren: Mit Freeletics spart man sich nicht nur den Gang ins überfüllte und stickige Fitnessstudio, sondern kriegt wunderbar den Kopf frei – auch wenn die Idee, draußen ohne einen Rucksack voller Trainingsgeräte Fitness zu betreiben, doch eigentlich nicht sonderlich innovativ ist. [fro]

Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Felix Lütke u.a.

Projektkoordination: Nils Kriegeskorte

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Lorenza Kaib (lenz), Maren Wenzel (mac), Alex Grossert (aGro), Philipp Frohn (fro)

V.i.S.d.P.: Philipp Frohn (fro)

Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstede

E-Mail: redaktion@aktuell.de

Web: www.aktuell.de

GEHIRNAKROBATIK

	4	6	8				5
					6		3
9		1	4	5		7	8
					7		8
			5	4	3		
5			2				
	1	9		6	4	8	3
	8		1				
4					9	6	2

WOHNHEIMGESCHICHTEN

